EP-S-01-232

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Jonathan Sieger (Köln KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 231 bis 235 einfügen:
finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in einer Unterstützung demokratischer Kräfte in Russland und einer Stärkung der EU liegen. Sich in starker europäischer Solidarität entschieden gegen russische Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu stellen, bedeutet allerdings keinen Verzicht auf Selbstkritik. Auch von europäischer Seite sind z.B. bei der NATO-Osterweiterung oder beim deutsch-russischen Nord Stream-Projekt Fehler gemacht worden. Außerdem ist wachsender Rechts-Autokratismus nicht allein ein russisches, sondern auch ein europäisches Gesellschaftsphänomen: Hier steht nicht Russland gegen Europa, sondern beiderseits Rechtsautokratismus gegen Demokratie und Menschenrecht. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung lassen sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt oder mit populistischer Freund-Feind-Rhetorik neue globale Blockbildungen betreibt.

Begründung

Der Ursprungstext hat eine generalisierende „gutes Europa gegen böse Russen“-Tendenz, die nicht zuletzt auch andere Passagen im Wahlprogramm unterminiert (z.B. Grüne Kritik an deutsch-russischen Nord Stream 2-Deals in Kapitel 1.1.)

Die geänderten bzw. ergänzten Passagen sollten ein vernünftiges grünes Außenpolitik-Profil schärfen, das klare Kante gegen Völkerrechtsverletzungen und Autokratismus der aktuellen russischen Regierung zeigt, sich dabei aber von simplistischen rechts- wie auch linkspopulistischen Standpunkten abgrenzt.

(Verfasserin: Nadine Milde, Universität Düsseldorf & Sprecherin, AK Internationales und Europa des KV Köln. Eingereicht in Zusammenarbeit mit Jonathan Sieger, Sprecher AK Internationales und Europa , KV Köln. Der Änderungsantrag wurde auf der Sondersitzung des AK Internationales und Europa am 27.09.18 mehrheitlich befürwortet.)

weitere Antragsteller*innen

Harms-Friedrich Windmüller (Segeberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Peter Drahn (Köln KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Christian Cranz (Köln KV); Georg Sieglen (Köln KV); Kurt Reisenauer (Köln KV); Willi Harz (Köln KV); Melanie Nagel (Köln KV); Andreas Paulus (Köln KV); Eileen Woestmann (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Michael Kaiser (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Hartmut

Neubauer (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Carl Riemann (Köln KV); Marc Daniel Heintz (Köln KV)